

CIRCUSSCHULE CORELLI

Bonn, den 29. Januar 2018

Bundesstadt Bonn
Amt 51
z.Hd. Frau Marion Renkes
53103 Bonn

Kinderschutz in der Jugendarbeit gemäß § 72a SGB VIII hier: Vereinbarung

Sehr geehrte Frau Renkes,

die Mitglieder des Vorstands der Circusschule Corelli e.V. haben in ihrer Sitzung vom 26. 01. 2018 der Unterzeichnung der von Ihnen vorgelegten *Vereinbarung zum Kinderschutz in der Jugendarbeit gemäß § 72a SGB VIII* zugestimmt und diese auch gleichzeitig vollzogen (siehe Anlage).

Einige fachlich vorgebildete Personen aus der Elternschaft sind mit der Thematik vertraut und entwickeln darüber hinaus kontinuierlich vereinsspezifische Konzepte und Maßnahmen zur Gewaltprävention.

Außerdem besteht eine themenbezogene Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Mit freundlichen Grüßen

(CIRCUSSCHULE CORELLI e.V.
Hanspeter Kurzhals, geschäftsführendes Vorstandsmitglied)

CIRCUSSCHULE CORELLI e.V.
Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 KJHG
Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband
Am Buschhof 25 53227 Bonn

Telefon: 0228-441065
Mobil: 0170-9045453
Telefax: 0228-443389
e-Mail: corellis@aol.com
Internet: <http://www.corelli.de>

Sparkasse KölnBonn:
IBAN: DE58 3705 0198 1930 7994 06

Volksbank Bonn Rhein-Sieg eG
IBAN: DE47 3806 0186 5202 3630 18



Vereinbarung zum Kinderschutz in der Jugendarbeit gemäß § 72 a SGB VIII

Zwischen
der Bundesstadt Bonn, vertreten durch das Amt für Kinder, Jugend und Familie
und

CIRCUSSCHULE CORELLI e.V.

(Freier Träger)

vertreten durch

den Vorstand Markus Klotz, Ingo Rossi, Hanspeter
Kurzhaas

wird nach dem Bundeskinderschutzgesetz die nachfolgende Vereinbarung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen geschlossen.

1. Grundlage

Grundlagen der Vereinbarung sind die Regelungen des § 72 a
Achstes Sozialgesetzbuch und der §§ 30 und 30a Bundeszen-
tralregistergesetz.

2. Ziel und Gegenstand

Ziel der Vereinbarung ist es, dass der freie Träger der Jugend-
hilfe

- wissentlich keine Person hauptamtlich beschäftigt oder be-
auftragt, die wegen einer Straftat nach § 72 a Absatz 1 Satz
1 SGB VIII rechtskräftig verurteilt worden ist,
- eine ehren- oder nebenamtlich tätige Person von der Arbeit
mit Kindern und Jugendlichen oder einem vergleichbaren an-
deren vertrauensvollen und längerfristigen Kontakt zu die-
sen ausschließt, die wegen einer Straftat nach § 72 a Absatz
1 Satz 1 SGB VIII rechtskräftig verurteilt worden ist,
- eigenverantwortlich wirksame Maßnahmen zum Kinder-
schutz ergreift.

3. Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses

Der freie Träger stellt sicher, dass er keine Person beschäf-
tigt, die rechtskräftig wegen einer in § 72a Abs. 1 SGB VIII
genannten Straftat verurteilt worden ist. Für neben- oder eh-
renamtlich tätige Personen gilt dies, sofern sie in Wahrneh-
mung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder und
Jugendliche beaufsichtigen, betreuen, erziehen oder ausbil-
den oder einen vergleichbaren Kontakt haben.

Folgende Tätigkeiten, gemessen nach Art, Intensität und Dau-
er, dürfen von ehren- und nebenamtlich tätigen Personen nur
dann wahrgenommen werden, nachdem dem freien Träger
das erweiterte Führungszeugnis zur Einsichtnahme vorgele-
gen hat:

- Betreuung, Beaufsichtigung und Begleitung bei Freizeiten
bzw. Internationalen Maßnahmen mit Übernachtung
- Betreuung, Beaufsichtigung und Begleitung bei Bildungs-
maßnahmen mit Übernachtung
- Betreuung, Beaufsichtigung und Begleitung bei Ferienangebo-
ten ohne Übernachtung, die mindestens fünf Tage andauern
- regelmäßige Leitung von Gruppen

- regelmäßige Leitung von Kursen, die mindestens sechs Wochen andauern
- regelmäßige technische und sportliche Anleitung von Gruppen
- regelmäßige handwerkliche oder grundstückspflegerische Tätigkeiten für Einrichtungen beziehungsweise Räumlichkeiten zu Zeiten, in denen ein Kontakt zu Minderjährigen möglich ist
- regelmäßige unterstützende Tätigkeit jeder Art, die mindestens drei Wochen andauert und zu Zeiten stattfindet, in denen ein Kontakt zu Minderjährigen möglich ist

Eine Tätigkeit gilt dann als regelmäßig, wenn sie keinen einmaligen, punktuellen oder gelegentlichen Charakter hat. Die Vorlage eines Führungszeugnisses ist auch erforderlich bei Tätigkeiten, die einen vergleichbaren Kontakt mit Kindern und Jugendlichen mit sich bringen. Sollten Tätigkeiten bzw. Aufgaben des freien Trägers nicht eindeutig zuzuordnen sein, ist die Einsicht in ein Führungszeugnis mit der Bundesstadt Bonn abzustimmen.

Von der Pflicht zur Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses sind nur ehren- und nebenamtlich Tätige ausgenommen, die den freien Träger oder dessen Mitglieder / Mitarbeiter bei so kurzfristig geplanten Aktivitäten unterstützen wollen, dass ein beantragtes erweitertes Führungszeugnis nicht mehr rechtzeitig vor Beginn der Tätigkeit vorgelegt werden kann. Davon ist in der Regel auszugehen, wenn bis zum Beginn der Tätigkeit weniger als sechs Wochen zur Verfügung stehen. In diesem Fall sollte im Vorfeld der Maßnahme eine persönliche Verpflichtungserklärung abgegeben werden.

4. Verfahren der Anforderung

4.1 Hauptamtlich Tätige

Hauptamtlich Tätige müssen Ihrem Arbeitgeber vor der Einstellung ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen, das nicht älter als drei Monate ist. Bereits bei dem Träger Beschäftigte werden aufgefordert, innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen, das nicht älter als drei Monate ist.

4.2 Ehren- und nebenamtlich Tätige

Ehren- und nebenamtlich Tätige, die erstmals eine oder mehrere der unter Ziffer 4 genannten Tätigkeiten ausüben möchten, werden vom Träger schriftlich aufgefordert, vor Beginn ihrer Tätigkeit ein erweitertes Führungszeugnis gemäß § 72 a SGB VIII vorzulegen, das nicht älter als drei Monate ist. Bereits beim freien Träger ehrenamtlich oder nebenamtlich Tätige, die eine oder mehrere der unter Ziffer 4 genannten Tätigkeiten ausüben, werden schriftlich aufgefordert, innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen, das nicht älter als drei Monate ist. Der freie Träger stellt den Personen für die Beantragung des erweiterten Führungszeugnisses bei den Bürgerämtern ein entsprechendes Anforderungsschreiben zur Verfügung, welches die beabsichtigte ehrenamtliche Arbeit beim freien Träger bestätigt.

4.3 Zeitabstand

Haupt-, ehren- und nebenamtlich Tätige werden vom freien Träger fünf Jahre nach der letzten Einsichtnahme aufgefordert, innerhalb von drei Monaten ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen, das nicht älter als drei Monate ist.

5. Einsichtnahme und Dokumentation der Einsichtnahme in ein erweitertes Führungszeugnis

Führt die Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses nicht zum Ausschluss des Betroffenen von der Tätigkeit, darf ohne Einverständniserklärung des ehrenamtlich/nebenamtlich Tätigen nur der Zeitpunkt der Aufnahme der Tätigkeit, um die Wiedervorlage berechnen zu können, oder das Datum der Wiedervorlage selbst notiert werden.

6. Datenschutz

Die gespeicherten Daten sind vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Der freie Träger vernichtet die nach Ziffer 6 gefertigten Aufzeichnungen unverzüglich, wenn es im Anschluss an die Einsichtnahme zu keiner Tätigkeitsaufnahme kommt. Im Übrigen sind die Aufzeichnungen spätestens drei Monate nach der Beendigung der Tätigkeit zu vernichten.

7. Änderung der Vereinbarung, Teilunwirksamkeit

Sind einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen nicht berührt. Diese Vereinbarung kann nur schriftlich geändert werden, auch der Verzicht der Schriftlichkeit kann nur schriftlich erklärt werden.

8. Laufzeit

Bei freien Trägern, die nicht vertraglich gefördert werden, wird die Vereinbarung auf eine Dauer von fünf Jahren geschlossen und nach Ablauf der Zeit erneuert und gegebenenfalls aktualisiert. Sie kann von jeder Partei gekündigt werden, wenn die Rechtsgrundlage weggefallen ist oder sonst ein wichtiger Grund vorliegt.

9. Inkrafttreten dieser Vereinbarung

Diese Vereinbarung tritt zum

8.2.2018

in Kraft.

I.A. [Signature] 7.2.2018

Unterschrift Bundesstadt Bonn

Unterschrift Träger der freien Jugendhilfe

[Signature]

[Signature]

STADT. CITY. VILLE. BONN.

Der Oberbürgermeister

Bundesstadt Bonn - Amt 51 - 53103 Bonn

Circusschule Corelli e.V.
Herrn Hanspeter Kurzhals
Am Buschhof 25

53227 Bonn

Personal- und Organisationsamt
Stadthaus
Berliner Platz 2, 53111 Bonn

Ansprechpartner/in Marion Renkes
(auch für barrierefreie Dokumente)
Telefon 0228 - 77 31 24
Telefax 0228 - 77 31 25
E-Mail marion.renkes@bonn.de
Etage, Zimmer 9, 9.06
Mein Zeichen 51-52
Datum 13.02.2018

Sehr geehrter Herr Kurzhals,

herzlichen Dank für die Zusendung der „Vereinbarung zum Kinderschutz in der Jugendarbeit gemäß § 72a SGB VIII“. In der Anlage erhalten Sie ein unterzeichnetes Exemplar für Ihre Unterlagen zurück.

Sollten Sie noch Fragen zur Kinderschutzvereinbarung haben, erreichen Sie mich in der Regel von 9:00 – 13:00 Uhr unter 0228 – 77 31 24.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Marion Renkes

Marion Renkes

Bürgertelefon: 0228 - 770
Internet: www.bonn.de

Öffnungszeiten
Mo, Do: 8.00 - 16.00 Uhr
Di, Mi, Fr: 8.00 - 13.00 Uhr
Zusätzliche
telefonische Servicezeit
Di, Mi: 13.00 - 16.00 Uhr

Öffentliche Verkehrsmittel
Bahnen: 66
Haltestelle: Adelheidsstr.

Sparkasse KölnBonn
IBAN:
DE79 3705 0198 0000 0113 12
BIC:
COLSDE33
Volksbank Köln Bonn eG
IBAN:
DE95 3806 0186 2003 7530 10
BIC:
GENODE1BRS